



Der Magistrat

Presse- und Informationsstelle

Rathaus
Kettelerstraße 3
68519 Viernheim
Tel.: (0 62 04) 988 238
Fax: (0 62 04) 988 300

E-Mail: HWunderle@viernheim.de
Internet: www.viernheim.de

Bearbeitet von: Herrn Wunderle

Datum: 17. April 2019

Stadtverwaltung/Finanzausstattung der Gemeinden:

Neuer Eingriff der Landesregierung ? Es geht um eine Million!

Kommunale Spitzenverbände reagieren auf Schreiben von Bürgermeister Baaß und Richter

Antwort der Landesregierung steht noch aus

Viernheims Bürgermeister Matthias Baaß und sein Bensheimer Amtskollege Rolf Richter sehen bei der Finanzierungssituation in den Bereichen Kinderbetreuung und Bildung eine bedenkliche Entwicklung. Erhebliche Fehlbedarfe bei der Kinderbetreuung sowie unvermeidliche Investitionen in den Schulbau kündigen sich an. Deshalb haben sie sich Anfang März mit einem gemeinsamen Schreiben sowohl an die Hessische Landesregierung als auch an den Hessischen Städtetag (HStT) und Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) gewandt. Darin bitten sie um notwendige Unterstützung, mahnen eine verbesserte Mitfinanzierung von Bund und Land bei den jährlichen Betriebskosten und eine spürbare Mitfinanzierung bei erforderlichen Investitionen an.

Eine Antwort der Landesregierung steht noch aus, doch die beiden kommunalen Spitzenverbände haben reagiert. Der HStT hat mitgeteilt, "dass er in den Beschlüssen seiner Spitzengremien den Forderungen beider Städte nach einer deutlich verbesserten Mitfinanzierung von Bund und Land bei den jährlichen Betriebskosten und eine höhere Mitfinanzierung bei den Investitionen entspricht." Weiter heißt es: "Dies wird bei unseren Gesprächen mit dem Land und bei den Verhandlungen über die Finanzausstattung auch vorgetragen", betont HStT-Geschäftsführender Direktor Stephan Gieseler.

Unterstützung können die beiden Bürgermeister auch vom Hessischen Städte- und Gemeindebund erwarten. Rolf Richter hat man zur nächsten Ausschusssitzung für Soziales, Kultur und Sport des HSGB am 30 April eingeladen. Schwerpunktthemen sind die Kinderbetreuung sowie das Gute-Kita-Gesetz.

Zu dieser Sorge um Verknappung der Kommunalfinanzen gesellt sich eine weitere. So sieht Bürgermeister Baaß dringenden Handlungsbedarf nach Auslaufen der Regelung für den Fonds "Deutsche Einheit".

Um die deutsche Einheit mitzutragen, hat die Stadt Viernheim jedes Jahr einen Teil seiner Gewerbesteuereinnahmen abgegeben. Im Jahr 2018 betrug der Anteil 9%, in 2019 waren es 7,83%. Damit wurde der Fonds "Deutsche Einheit" finanziert. Bürgermeister Mathias Baaß: „Das war in Ordnung !" Diese Regelung läuft nun zum 31. Dezember 2019 aus. Ab 1. Januar 2020 müsste also die bisher abgegebene Summe wieder der Stadt Viernheim komplett zur Verfügung stehen, so wie es vor der Deutschen Einheit gewesen ist. Konkret bezogen auf das aktuelle Jahr wäre dies 1 Million € weniger an Umlagelast, eine bedeutsame Summe, heißt es in einer Pressemitteilung der städtischen Presse- und Informationsstelle.

Doch schon droht der nächste Eingriff der Hessischen Landesregierung zum Nachteil der Stadt Viernheim. Der Hessische Städte- und Gemeindebund teilt mit, dass die Landesregierung für einen Teil der Summe andere Zweckbestimmungen plant. Baaß: "Das ist nicht in Ordnung, der Betrag muss jeder einzelnen Stadt -so wie früher- komplett zur Verfügung gestellt werden, so dass zu 100 % selbst entschieden werden kann, wie das Geld Verwendung findet. Vorgaben, welche die Verwendung einschränken oder das Geld an andere Stellen umleiten, sind ein weiterer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Und in aller Regel sind damit auch komplizierte Antragsverfahren und das Führen von Verwendungsnachweisen verbunden, alles unnötiger Bürokratieaufwand."

Wunderle



Der Magistrat

Presse- und Informationsstelle

Rathaus
Kettelerstraße 3
68519 Viernheim
Tel.: (0 62 04) 988 248
Fax: (0 62 04) 988 378

Internet: www.viernheim.de

Bearbeitet von: Berna Eisenbeiß

Datum: 07. August 2019

Stadt Viernheim*Stadtverwaltung*68517 Viernheim
> wenn unzustellbar mit neuer Anschrift zurück <

Pressemitteilung

Gewerbesteuerumlage:

Landesregierungen handeln ab Januar 2020 unterschiedlich „Ach, gehörte Viernheim doch zu Baden-Württemberg!“

Leicht möglich, dass man derzeit diesen Ausruf des Bürgermeisters hört, am Morgen beim Vorbeilaufen am Rathaus, wenn die Fenster zum Lüften geöffnet sind. Weil ein Bürgermeister in Baden-Württemberg als OB bei gleicher Einwohnerzahl mehr Gehalt bekommt? Nein, dies ist nicht das Motiv des Bürgermeisters. Der Wunsch nach dem Wechsel des Bundeslandes beruht auch nicht auf einer vielleicht größeren Sympathie für Winfried Kretschmann als "Landesvater". Nein es ist allein ein bisher weitgehend versteckt gebliebenes Detail der Gemeindefinanzierung in Hessen, welches ab 1. Januar 2020 seine Wirkung entfalten wird und jetzt die Sehnsuchtswünsche des Bürgermeisters neu belebt.

Als ihren Beitrag zur Mitfinanzierung der Deutschen Einheit hat die Stadt Viernheim bislang jedes Jahr einen Teil ihrer Gewerbesteuereinnahmen zusätzlich abgegeben, damit wurde der Fonds "Deutsche Einheit" finanziert. „Eine solidarische Regelung, für mich vollkommen in Ordnung“, so Baaß. Diese bundesweit gültige Regelung läuft zum 31. Dezember 2019 aus. Ab 1. Januar 2020 müsste also die bisher abgegebene Summe wieder der Stadt Viernheim komplett zur Verfügung stehen, so wie es vor der Deutschen Einheit gewesen ist. Konkret bezogen auf das aktuelle Jahr wären dies 1 Million € weniger an Umlagelast, eine bedeutsame Summe.

Doch Finanzminister Thomas Schäfer plant mit Unterstützung der die Landesregierung tragenden Fraktionen von CDU und Grünen die Einnahmen der Stadt Viernheim zu beschneiden. Nur ein Viertel der Summe soll in Viernheim verbleiben, 750.000 € werden jährlich als neue Heimat-Umlage an das Land Hessen abfließen. Matthias Baaß: „Ein erneuter schwerwiegender Eingriff in die örtliche Selbstverantwortung“.

Der Finanzminister hat angekündigt, die Einnahmen der Heimat-Umlage in unterschiedlichster Form wieder komplett den Landkreisen und Städten zur Verfügung zu stellen, allerdings legt das Land fest für welche Zwecke es verwendet werden darf. Und bei der Verwendung im Bereich von Krankenhäusern, Schulsekretariaten und der Digitalisierung müssen Anträge gestellt werden, deren Bescheidung völlig offen ist.

Bürgermeister Baaß ist sich mit den Spitzen der kommunalen Verbände in Hessen einig: "Das ist nicht in Ordnung, der Betrag muss in der Kasse jeder einzelnen Stadt -so wie früher- komplett verbleiben. So dass zu 100 % selbst entschieden werden kann, wie das Geld Verwendung findet." Der Bürgermeister fürchtet zudem komplizierte Antragsverfahren, verbunden mit dem Führen von Verwendungsnachweisen, „alles unnötiger Bürokratieaufwand“, so Baaß.

In Weinheim, Heddeshheim und Mannheim -alles Nachbarkommunen in Baden-Württemberg- ist dies ganz anders. Matthias Baaß: "Ich habe meine Kollegen gefragt: Was passiert bei Euch mit dieser bisherigen Umlage für die Deutsche Einheit? Bleibt das Geld ab 1. Januar bei Euch oder müsst ihr es abgeben?" Die klare und eindeutige Antwort der Kollegen: Ab 1. Januar 2020 ist das Geld, das wir bisher an das Land überweisen haben, bei uns in der Kasse und kann anhand eigener Prioritäten verwendet werden.

Jedes Jahr eine Million € mehr in der Viernheimer Stadtkasse. Baaß: „Davon kann ich zwei fünfgruppige Kitas jedes Jahr bezahlen oder in die Infrastruktur investieren, um Radfahrstreifen neu herzustellen oder Straßen zu sanieren. Auch so manche Investition in Sport und Bewegung wäre sinnvoll, von Brückensanierungen und Aufgaben bei der Grünpflege ganz abgesehen. All dies ist nicht möglich, stattdessen wird die kommunale Selbstverantwortung mal wieder ad absurdum geführt.“